



Fakten zum Bürgergeld

47 Prozent der Leistungen gehen an Ausländer.
Seite 3



Sport, Musik, Museen

Neun Dinge, auf die wir uns in 2026 freuen können. Seite 3



"Klimarettung" macht alles teurer

CO₂-Bepreisung ab 1. Januar
Seite 2



Nach dem Terroranschlag auf die Stromversorgung:

Was bringt das Wahljahr 2026 für uns Berliner?

Vor uns liegt ein politisch entscheidendes Jahr: Im Frühjahr und Herbst stehen mehrere Landtagswahlen an. Gestartet wird in Baden-Württemberg am 08. März, gefolgt von Rheinland-Pfalz am 22. März.

Unter ganz besonderer Beobachtung wird Sachsen-Anhalt am 06. September stehen, erhoffen wir uns hier unseren ersten AfD-Ministerpräsidenten: Ulrich Siegmund als Spitzenkandidat hat alle Chancen, als Sieger aus den Wahlen hervorzugehen.

Berlin wählt am selben Tag wie Mecklenburg-Vorpommern, nämlich am 20. September 2026, ein neues Abgeordnetenhaus. Nach aktuellen Umfragen liegt die Berliner AfD mit 16% auf Platz 3 hinter der CDU (23%) und den Linken (18%). Erst auf Platz 4 kommen die Grünen (15%) und relativ weit abgeschlagen die SPD (13%).

Für Berlin steht viel auf dem Spiel. Kai Wegner und der CDU ist es nach der gewonnenen Wiederholungswahl 2023 nicht gelungen, den versprochenen Politikwechsel umzusetzen. Weder im Bereich der Sicherheit, in der nach wie vor ungesteuerten Migration, beim Wohnungsbau oder im Berliner Verkehr sind die politischen Weichen vernünftig gestellt worden. Berlin wird genauso schlecht regiert wie zuvor.

Der Anschlag auf das Stromnetz ist dafür ein deutliches Zeichen. Eine Stadt, die ihre Infrastruktur nicht schützt und Extremisten gewähren lässt, riskiert Sicherheit, Ordnung und Wohlstand.

Kai Wegner und die CDU sind spektakulär daran gescheitert, den versprochenen Politikwechsel umzusetzen.

Berlin braucht jetzt eine schonungslose Aufarbeitung, auch über die politische Verantwortung. Linksextremer Terror entsteht nicht im luftleeren Raum. Wer in linken Organisationen, Vorfeldstrukturen und Parteien immer wieder Gewalt als „Aktivismus“ verharmlost, staatliche Institutionen pauschal delegitimiert oder Täter-Logik moralisch auflädt, bereitet den geistigen Nährboden für weitere Eskalation. Berlin darf hier nicht länger wegsehen.

Mit den aktuellen Umfragewerten läuft Berlin aber Gefahr, wieder eine rot-grün-rote Landesregierung zu bekommen – mit einer Linken als Regierende Bürgermeisterin. Kann und will Berlin sich das leisten? Wohl nicht. Zum Glück gibt es die blaue Alternative..

~KRISTIN BRINKER



Der Wahn der "Klimarettung"

CO₂-Bepreisung ab 1. Januar 2026 – wie der Staat das Leben für alle verteuert



Foto: stock.adobe.com, wifesun

Seit dem 1. Januar 2026 ist alles teurer – wirklich alles. Grund ist die nächste Stufe der staatlichen CO₂-Bepreisung. Sie trifft nicht nur Autofahrer, Hausbesitzer oder Unternehmer – sie trifft uns alle. Jede Ware, jede Dienstleistung, jeder Kilometer, jedes Stück Brot wird durch diesen grünen Preisauflauf verteuert.

Der Mechanismus ist simpel – und perfide zugleich: Für jede ausgestoßene Tonne CO₂ müssen Unternehmen künftig Zertifikate kaufen. Diese Kosten schlagen sie auf ihre Preise auf – für Strom, Gas, Diesel, Lebensmittel oder Bauprodukte. So steigt der Preis still, aber stetig – und am Ende zahlt immer der Verbraucher.

Pendler zahlen mehr an der Zapfsäule, Familien mehr für Strom und Heizung, Handwerker mehr für Material und Transport, Rentner mehr im Supermarkt. Die Kosten dieser ideologischen Politik durchdringen unser ganzes Leben – unsichtbar, aber gnadenlos wirksam.

Der Preis steigt still, aber stetig – und am Ende zahlt immer der Verbraucher.

Statt für Entlastung zu sorgen, zieht der Staat den Bürgern das Geld aus der Tasche, um seine planwirtschaftliche Klimapolitik zu finanzieren. Die Wirtschaft verliert an

Wettbewerbsfähigkeit, Betriebe wandern ab, Arbeitsplätze verschwinden. Während in China neue Kohlekraftwerke entstehen, stranguliert Deutschland seine Industrie mit moralischer Selbstgerechtigkeit.

Was als „Klimaschutz“ verkauft wird, ist in Wahrheit ein gigantisches Umverteilungsprogramm – von unten nach oben, von produktiven Bürgern zu Subventionsempfängern.

Die AfD sagt klar: Schluss mit dieser selbstzerstörerischen Politik! Wir stehen für bezahlbare Energie, technische Innovation statt Zwang und für eine Politik, die Menschen entlastet statt bestraft.

~FRANK-CHRISTIAN HANSEL

Deutsche Arbeitsplätze werden der „Klimapolitik“ geopfert

Kurz vor Weihnachten lief der letzte VW ID.3 in der Gläsernen Manufaktur Dresden vom Band. Damit endet die Autoproduktion in dem 2001 von Gerhard Schröder und Ferdinand Piëch eingeweihten Werk.

Die Autofabrik, die zunächst Luxusautos wie den Phaeton hervorbrachte, später dann kleinere E-Autos, gilt als zu klein und unrentabel. Finanziert durch Steuergelder soll jetzt ein Innovationszentrum an die Stelle der Fabrik treten.

Doch die wohlklingenden Bezeichnungen können über den Niedergang nicht hinwegtäuschen. Deutschland

erlebt 2025 nicht nur in Sachsen eine massive Deindustrialisierung. Hohe Energiekosten zwingen Unternehmen in die Knie und fördern die Verlagerung ins Ausland.

Die gestiegenen Energiekosten belasten Branchen wie Chemie und Stahl besonders. Trotz Entlastungen verlieren sie international ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die Folgen zeigen sich in drastischem Arbeitsplatzabbau. So gingen über 48.000 Jobs in der Autoindustrie verloren, viele Firmen verlagern die Produktion nach Osteuropa, Asien oder USA – jedes fünfte Unternehmen plant so einen Schritt.

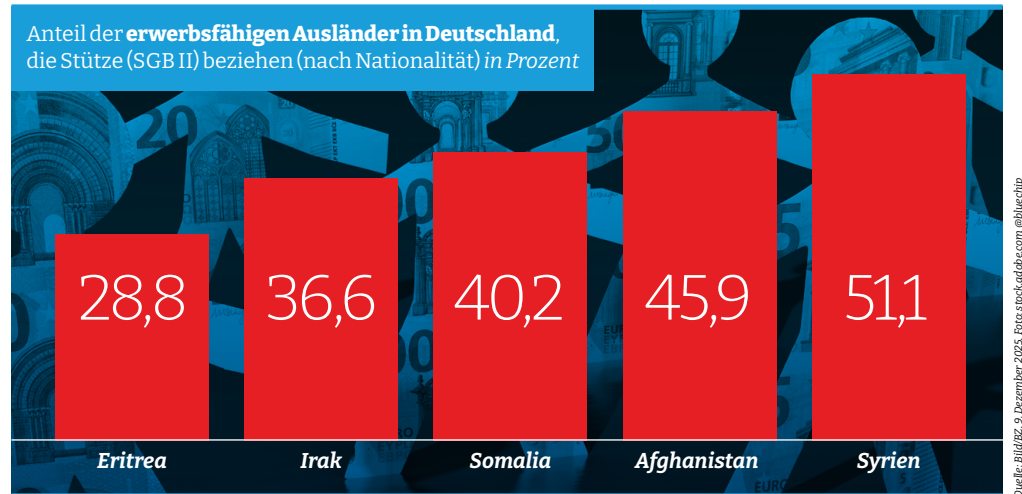
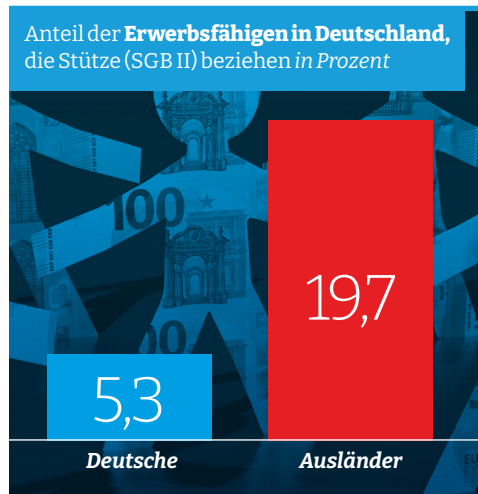
Die Brandmauerparteien haben kein Konzept. Sie sind zu sehr in der Ideologie der Klimapolitik gefangen. Und Maßnahmen wie punktuelle Stromsteuersenkung reichen nicht. Experten sprechen daher von einer politisch erzwungenen Deindustrialisierung.

Ohne radikale Reformen droht der Verlust unseres verbliebenen Wohlstands, von unserem Know-how und damit der Niedergang der Mittelschicht. 2026 könnte der Punkt sein, an dem der Abstieg unwiderruflich wird.

~MARKUS SCHLEUSENER

Das sind die Fakten zur Bürgergeld-Reform

ALG II wurde Bürgergeld wurde Grundsicherung – Raider heißt jetzt Twix, sonst ändert sich nix



Quelle: Bildsz, 9. Dezember 2023, Foto: stock.adobe.com @bluechip

Egal, wie diese Sozialleistung heißt: Es kommt nicht auf den Namen an, sondern darauf, dass Bezieher endlich einen Anreiz haben, wieder arbeiten zu gehen. Damit die Kosten für die Steuerzahler sinken. Die letzte Reform, mit der von der Ampelregierung das Bürgergeld eingeführt wurde, hat dieses Ziel nicht erreicht – im Gegenteil.

Zwar ist die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II nur geringfügig um etwa 200.000 auf 3,95 Millionen Personen von 2022 bis heute angestiegen (plus fünf Prozent). Jedoch: Die Kosten sind von 42 Milliarden Euro auf 51 Milliarden in die Höhe geschossen (plus 20 Prozent). Zudem hat sich der Kreis der Empfänger verändert: Inzwischen gehen 47 Prozent der Leistungen an Ausländer. Deutsche mit Migra-

tionshintergrund sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Ab 1. Juli soll nun die neue Grundsicherung kommen: 563 Euro für einen Single, 506 Euro für den oder die Partnerin und bis zu 471 Euro pro Kind. Zuzüglich Miete, Heizung etc. Insofern ändert sich nichts durch die Reform.

Die Höhe der Leistung bleibt also ebenso unangetastet wie das zweite Problem: die

ungebremste Einwanderung in die Sozialsysteme. Daher kritisiert der AfD-Abgeordnete *René Springer* diese angebliche Reform: „Im Wahlkampf hat Friedrich Merz groß angekündigt, die Einwanderung in unsere Sozialsysteme drastisch zu reduzieren. Doch mit der Bürgergeldreform wird keine einzige Maßnahme ergriffen, um genau das zu erreichen. Stattdessen bleibt das Bürgergeld weiter offen für Menschen aus aller Welt – egal, ob jemand jemals etwas in dieses System eingezahlt hat oder nicht.“

~RONALD GLÄSER

Sport, Musik, Museen: Neun Dinge, auf die wir uns 2026 freuen können

- ➔ Zunächst startet **Hertha BSC** mit einem Heimspiel in die Rückrunde, am 17. Januar gegen Schalke 04.
- ➔ Der **FC Union** spielt am 6. Februar erstmals zu Hause, gegen SG Eintracht Frankfurt.

Ferner sind eine Reihe von spektakulären Ausstellungen geplant:

- ➔ Im Sommer wird die **Hohenzollerngruft im Berliner Dom** wiedereröffnet.
- ➔ Im September öffnet das **Bauhausarchiv** am Tag des offenen Denkmals (richtige Wiedereröffnung erst 2027).
- ➔ Und in der James Simon Galerie öffnet zum Jahresende die **Ausstellung über den Mongolen-Herrscher Dschingis Khan** (800. Geburtstag).

- ➔ Auch musikalisch wird in Berlin einiges geboten: Von **Metallica (30. Mai)** bis **Helene Fischer (13. Juni)** ist jede Musikrichtung dabei.
- ➔ Wer sich für die **Grüne Woche (16.-25. Januar)** begeistern kann, der schreibt eine Email an ronald.glaeser@afd.berlin mit dem **Betreff Gewinnspiel** und seiner Postadresse. Unter allen Einsendern werden **zwei Freikarten für die Landwirtschaftsmesse** verlost.
- ➔ Übrigens: In Halle 7 ist diesmal der **Bundestag mit einem Messestand** vertreten, an dem auch AfD-Abgeordnete anwesend sein werden!

RUFEN SIE SUSANNE AN:



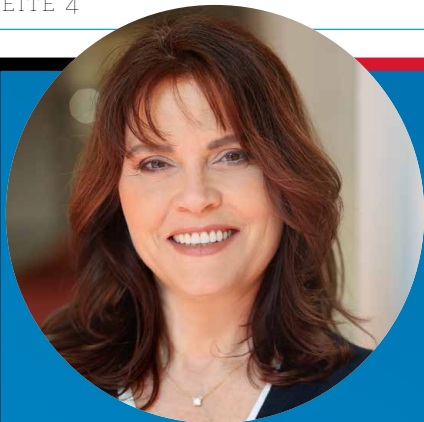
Ist ein Familienmitglied gestorben? Ärger mit den Nachbarn? Verstehen Sie Ihre Kinder oder Enkelkinder nicht mehr? Läuft bei Ihnen zu Hause oder beruflich alles aus dem Ruder?

Melden Sie sich bei Susanne. Einer echten Bremerin, die seit Jahren in Berlin lebt. Die erfahrene Erzieherin hat einen großen Sohn, ist patent – und fast immer gut gelaunt. Sie kennt das Spiel des Lebens und seine Tücken. **Zögern Sie nicht, sie anzurufen**, wenn Sie nicht weiterwissen und keine Lust haben, mit gesichtslosen Apparatschiks von einer NGO, von der Verbraucherzentrale oder von Ihrer Amtskirche zu sprechen. **Susanne kennt bestimmt eine Lösung.**

RUF AN!

0152 2795 0765





10 Fragen an: Jeannette Auricht

Jeannette Auricht, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Fachpolitische Sprecherin für Arbeit, Soziales und Gleichberechtigung der AfD-Hauptstadtfraktion

- 1. Ihr Lieblingsplatz in Berlin ist ...?**
Das alte historische Viertel in Berlin-Mitte. Dort spürt man noch den Geist der Geschichte – und gleichzeitig, wie lebendig und wandelbar unsere Stadt ist.
- 2. Das Getränk zum Lieblingslied?**
Ein Aperol Spritz – am liebsten, wenn es im Sommer richtig heiß ist und man den Moment einfach genießen kann – dazu Crockett's Theme (Titelsong von Miami Vice)
- 3. Im Radio hören Sie am liebsten ...?**
Die Musik der 80er-Jahre – die Songs haben einfach Seele und machen sofort gute Laune.
- 4. Wo gibt es die beste Pizza in Ihrem Bezirk?**
Ganz klar: im Pane e Vino in Mahlsdorf. Familiär, herzlich und einfach lecker.
- 5. Was mögen Sie an Berlin am meisten?**
Herz und Schnauze! Und dass hier jeder so sein kann, wie er will – das macht unsere Stadt einzigartig.
- 6. Und was ist das Schrecklichste?**
Die mangelnde Sicherheit, vor allem für Frauen und Mädchen, die in den letzten Jahren spürbar unter die Räder gekommen ist.
- 7. Warum sind Sie Abgeordnete geworden?**
Um Berlin wieder voranzubringen – wirtschaftlich stark, stabil und sicher für jeden.
- 8. Was war ihr größter Erfolg als Abgeordnete?**
Das müssen die Wähler entscheiden.
- 9. Haben Sie die Entscheidung jemals bereut?**
Nein – ganz im Gegenteil. Es macht mir Freude, mit so vielen Menschen ins Gespräch zu kommen und für ihre Sorgen und Nöte immer ein offenes Ohr zu haben.
- 10. Wenn Sie einen Wunsch im Abgeordnetenhaus frei hätten, wie würde der lauten?**
Die AfD in Regierungsverantwortung – damit Berlin wieder prosperiert und die Bürger wieder eigenständig und unabhängig ihr Leben ohne staatliche Alimentierung gestalten können.



**QR-Code
scannen und
keine Ausgabe
mehr verpassen:**
<https://afd.berlin/blauer-bote/>

Mitmachen, Mitbestimmen, Mitglied werden.



Wenn auch Sie dabei sein wollen, dann fordern Sie Ihren Mitgliedsantrag an oder füllen diesen direkt online aus:



**afd.berlin/
mitmachen
mitglied-werden**

**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?**

**Dann können Sie uns
auch durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin



**Landesverband
Berlin**

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband
Berlin, Eichhorster Weg 80, 13435
Berlin **Verantwortlich im Sinne des
Presserechts** Ronald Gläser
E-Mail lgs@afd.berlin
REDAKTIONSSCHLUSS 5. JANUAR 2026

